



öffentlich

**Betreff:**

Behindertenbeauftragter der Stadt Potsdam

Erstellungsdatum 10.03.2004

Eingang 902:

**Einreicher:** PDS-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
31.03.2004	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass die Stelle der / des Behindertenbeauftragten der Stadt Potsdam so ausgeschrieben wird, dass sie am 1. Juli 2004 besetzt werden kann.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Gemäß § 9 der Hauptsatzung bestellt die Stadtverordnetenversammlung für den Aufgabenbereich Soziale Integration von Menschen mit Behinderungen eine/einen Beauftragte/en, der hauptamtlich in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis tätig ist.

Mit dem Ausscheiden des Behindertenbeauftragten Herrn Högemann aus dem Berufsleben wird diese Stelle zum 1. Juli 2004 vakant.

Um die Kontinuität der Arbeit in diesem sozialpolitisch wichtigen Bereich der Integration und Gleichstellung zu gewährleisten, ist es erforderlich, diese Stelle auch tatsächlich zum 1. Juli 2004 zu besetzen.

Das entspricht auch den nachdrücklichen Forderungen der Behindertenverbände, Selbsthilfegruppen und betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die sich in ihren Schreiben an die Fraktionen eindeutig für den Erhalt der Stelle der/des hauptamtlichen Behindertenbeauftragten und deren Neubesetzung zum 1. Juli 2004 ausgesprochen haben.